

FOCUS



AUT € 5,50 · CH CHF 8,30 · BENELUX € 6,00 · FRA € 6,80 · ITA € 6,80 · KRO € 7,30 (HRK 55) · PRT (CONT) € 6,80 · ESP € 6,80 · KANAREN € 7,20 · GBR £ 6,30 · GRC € 7,50 · FIN € 7,70 · DNK DKK 67 · SVN € 6,80 · HUN HUF 2890

TikTok und der Krieg
Warum die Plattform immer mehr zur Propagandawaffe wird

Der Fall Gil Ofarim
Einer lügt! Was der Prozess des Jahres über unsere Zeit erzählt



Bis zu 20000 unbearbeitete Anträge für Schwertransporte liegen allein bei der Autobahn GmbH vor

AUF DER ÜBERHOLSPUR?

Zu kompliziert, zu lahm, zu analog:
Wie das Land den Bürokratie-Wahnsinn überwinden kann



4 190931 405206

Herr Bogumil, ist die Bürokratie wirklich so schlecht wie ihr Ruf?

Man kann zumindest sagen, dass wir in Deutschland über ein besonders hohes Ausmaß an bürokratischen Prozessen verfügen. Das kann zu erheblichen Problemen führen. Es gibt Länder, wo es ähnlich schwierig ist, zum Beispiel Frankreich. Andere, wie die skandinavischen Länder, sind besser aufgestellt.

Warum brauchen wir Bürokratie?

Zunächst mal müsste man klarstellen, was man unter dem Begriff Bürokratie versteht. Für gewöhnlich sind damit gesetzliche Regelungen, Verwaltungsverfahren und die Möglichkeit von Verwaltungsgerichtsbarkeit gemeint. Diese Regelungen sollen die Gleichbehandlung aller Bürger gewährleisten und ihnen die Möglichkeit geben, sich etwa gegen Behördenbescheide wehren zu können.

Das klingt erst mal positiv.

Diese Rechtsstaatlichkeit – dass die Bürger bekommen, was ihnen rechtlich zusteht – ist eine Errungenschaft. Allerdings ist die Bürokratie bei uns schon lange umgeschlagen. Die Prozesse sind so kompliziert geworden, dass die Menschen sie zum Teil gar nicht mehr verstehen. Das führt auch dazu, dass sie berechnete Ansprüche nicht mehr geltend machen. Zurzeit wird diskutiert, ob man die Kindergrundsicherung automatisch auszahlen kann. Der Grund: 40 Prozent der Menschen wissen gar nicht, dass sie einen Anspruch darauf haben.

Jetzt soll die Bürokratie abgebaut werden.

War es das mit der Gleichbehandlung?

Nein. Natürlich sind Regelungen sinnvoll. Wir brauchen sie, um den Emissionsausstoß zu kontrollieren. Wir brauchen Brand- und Arbeitsschutzregelungen. Aber die Art und Weise, wie wir die Regelungen gestalten, ist zu kompliziert. Man kann diese Ziele auch einfacher erreichen.

Wie denn?

Nehmen wir die Sozialleistungen. Jeder soll nur genau das bekommen, was ihm zusteht. Angenommen, jemand muss eine Wohnung einrichten und soll dafür einen Zuschuss bekommen. Das wird kompliziert ausgerechnet, manchmal bis auf eine Genauigkeit von fünf Euro. Der Aufwand, das zu erfassen, ist unverhältnismäßig höher als der Zuschuss. Man könnte vieles mit Pauschalen vereinfachen. Da kann es auch mal passieren, dass einer 30 Euro zu viel bekommt und ein anderer 20 zu wenig. Aber die Verwaltungsprozesse wären einfacher – und zwar für alle.



Bisschen optimistisch
Professor Jörg Bogumil, 63, von der Ruhr-Universität Bochum mahnt seit 30 Jahren Bürokratieabbau an

Einfach einfacher

Bürokratie-Forscher **Jörg Bogumil** erklärt, wie die Verwaltung endlich schneller und effizienter wird

Ist das der Mut zur Lücke, den Sie fordern?

Bei uns herrscht die Vorstellung der Einzelfallgerechtigkeit – auch wenn das bedeutet, dass man alles bis ins kleinste Detail durchrechnen muss. In meinen Augen ist das verkehrt. Wir müssen es leichter machen. Die Regelungen zu vereinfachen wäre der erste Schritt.

Und der zweite?

Da geht es um die Anwendung der Regelungen in den Verwaltungen. Das ist ein Problem, das dramatisch unterschätzt wird. Für gewöhnlich haben die Mitarbeiter in den Verwaltungen Ermessensspielräume. Aber in der Anwendung der

Regelungen sind viele Verwaltungsmitarbeiter zu unflexibel. Denen wird beigebracht: Wir dürfen keine Fehler machen! Deshalb wird alles doppelt, dreifach und vierfach überprüft.

Soll also jeder entscheiden, wie er lustig ist?

Es gibt eine Windkraftanlage im Münsterland, die 2020 gebaut worden ist. Die riesigen Rotorblätter können nur per Schwerlasttransport befördert werden. Dazu braucht es die Genehmigung der Autobahndirektion. In der Nähe der Anlage befindet sich eine Raststätte, also war es der Plan, die Rotorblätter über die Autobahn zu transportieren und an der Raststätte zu halten. Die Bundesautobahndirektion hat sich quergestellt, weil die Raststätte sonst für Lkw gesperrt werden müsste. Zuerst sollten alle Alternativen geprüft werden: ob man nicht 15 Kilometer weiter abfahren oder die Rotorblätter auch per Binnenschiff transportieren könnte.

Ist die Genehmigung schließlich trotzdem gekommen?

Ja, nach Monaten, aber das ist nicht der entscheidende Punkt. Jetzt, drei Jahre später, müssen die Rotorblätter nämlich wegen einer Fehlkonstruktion ausgetauscht werden. Aber anstatt den Antrag durchzuwinken, hat die Bundesautobahndirektion ihn abgelehnt und verlangt, noch einmal alle Alternativen zu prüfen. Obwohl dieser Aufwand vor drei Jahren schon mal betrieben wurde! Bis heute ist es nicht gelungen, die Rotorblätter auszuliefern.

Und das ist nur ein Transport ...

Wenn Sie mich fragen, scheitert der Windkraftausbau vor allem daran, dass wir die Schwerlasttransporte nicht genehmigt bekommen. Wir bräuchten 30 000 Genehmigungen in den nächsten fünf Jahren. Wenn die Bundesautobahndirektion weiter so verfährt, wird das nichts.

Sie sagen, seit dem Brand am Düsseldorfer Flughafen im Jahr 1996 gebe es übertriebene Brandschutzgesetze. Warum wurden diese Gesetze verabschiedet?

Ich meine nicht, dass wir nach dem Brand am Düsseldorfer Flughafen nicht bessere Brandschutzvorrichtungen an Flughäfen brauchten. Die brauchten wir schon.

Sondern?

Man hat diese eine Katastrophe an einem bestimmten Ort zum Anlass genommen, um in allen Einrichtungen den Brandschutz zu verkomplizieren. Es ist ja verständlich. Damals sind 17 Menschen gestorben, 88 wurden verletzt. Also will man solche Unglücke in Zukunft verhindern. Niemand kann etwas gegen einen ▶

ordentlichen Brandschutz haben. Aber dabei sind wir über das Ziel hinausgeschossen und haben extrem komplizierte Regeln geschaffen, die Kosten explodieren lassen und den Bau überall in die Länge ziehen. Der Brandschutz ist vielleicht ein unglückliches Beispiel, weil so eine Katastrophe auch eine sehr emotionale Debatte nach sich zieht. Aber dieses Grundprinzip, sich gegen alles absichern zu wollen, ist ein riesiges Problem. Das betrifft übrigens auch den Journalismus.

Inwiefern?

Wenn irgendein Unglück geschieht und wir stellen fest: Jemand hat einen Fehler gemacht – ein Mitarbeiter hat versucht, ein Problem zu lösen, und etwas ist schiefgegangen –, dann skandalisieren wir das. Wir sagen: Der muss entlassen werden! Dabei sollten wir eher anerkennen, dass Problemlösung auch eine gewisse Unsicherheit bedeutet, und nicht jeden, der einen Fehler macht, sofort bestrafen.

Warum ist ausgerechnet Deutschland so gelähmt von seiner Bürokratie?

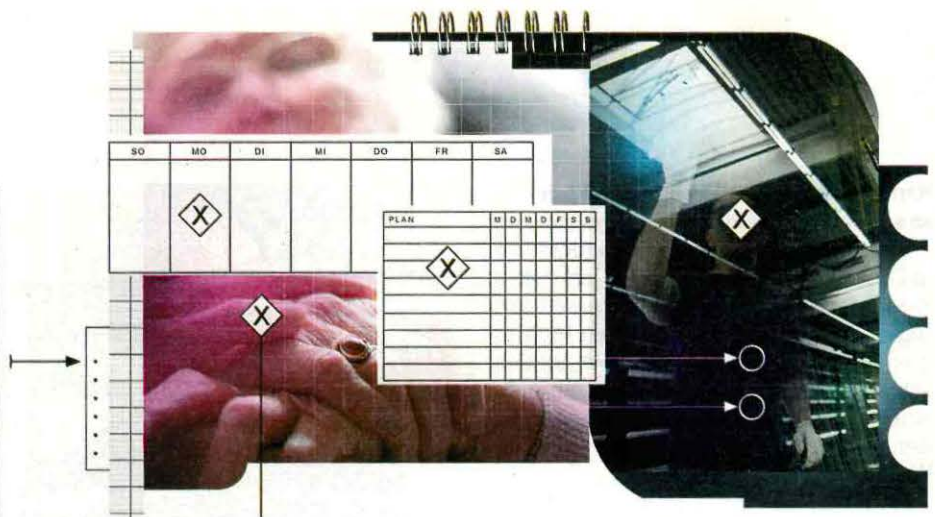
Wir in Deutschland haben eine stark preußisch orientierte Verwaltung, die sich immer schon durch viele Regeln und mehrfache Überprüfung der Verfahren ausgezeichnet hat. Unsere Verwaltungskultur hat sich in weit über hundert Jahren herausgebildet und verfestigt. Es ist nicht einfach, diese Mentalität zu verändern.

Könnte die Digitalisierung dabei helfen?

Definitiv. Wir haben das Entbürokratisierungspotenzial der Digitalisierung zu lange verkannt. Wenn man heute eine Windkraftanlage beantragt, muss man etwa drei Aktenordner an Antragsunterlagen in Papierform einreichen – in 15-facher Ausfertigung, weil in dem Verfahren nämlich nicht nur von der Immissionsschutzbehörde geprüft wird, sondern auch von den Trägern öffentlicher Belange. Das heißt, der Antragsteller muss 45 Aktenordner für eine Windkraftanlage abliefern. Stellen Sie sich die Optimierungsmöglichkeiten vor, wenn man diesen Vorgang digitalisieren würde. Dann sparen wir zwei bis drei Jahre Verfahrenszeit. Dieses Jahr wird zum ersten Mal ein digitales Verfahren im Immissionsschutzrecht zur Verfügung gestellt. Aber wir könnten längst schon viel weiter sein.

Warum sind wir es nicht?

Wir haben in Deutschland mindestens zehn Jahre zu spät angefangen. Außerdem ist es eine besondere Herausforderung, in einem föderalen Bundesstaat die Digitalisierung durchzuführen. Wir haben über



Abschreckend Ausländische Fachkräfte müssen hohe bürokratische Hürden nehmen

10 000 Kommunen, 16 Länder und den Bund. Die meisten Verwaltungsleistungen erledigen die Länder und die Kommunen. Jede dieser Organisationseinheiten kann selbst entscheiden, welche Software-Lösung sie anwendet. Dadurch herrscht in der IT-Landschaft Chaos. Der erste Schritt müsste sein, die Verwaltungsabläufe zu vereinfachen. Es ergibt keinen Sinn, einen zu komplizierten Prozess zu digitalisieren. Deswegen schrecken viele in der Verwaltung davor zurück.

Das Oberlandesgericht Stuttgart nutzt eine künstliche Intelligenz, um Richter zu entlasten. Die KI sortiert Vorgänge, bildet Fallgruppen. Könnte das die Lösung sein?

Das halte ich insgesamt nicht für realistisch. Gerade haben wir über den schlechten Stand der Digitalisierung geredet. Wir könnten schon froh sein, wenn wir die Verwaltungsprozesse besser digital abbilden könnten – wenn wir E-Akten hätten und Antragsformulare für Bürger digital verfügbar wären. Davon sind wir noch weit weg. Aber es wird auch immer Vorgänge geben, die vor Ort erledigt werden müssen, beispielsweise um für einen neuen Personalausweis zu unterschreiben. Außerdem: Wir sollten die Leistungen des Staates nicht auf das Niveau der Banken senken. Da bekommt man teilweise gar keine persönliche Beratung mehr, muss alles selbst machen. Der Staat ist auch dazu da, persönlich zu beraten und zu helfen.

Im August ist das vierte Bürokratieentlastungsgesetz vom Kabinett beschlossen worden. Wie schätzen Sie die Bemühungen der Regierung ein?

Die Tatsache, dass jetzt das vierte Bürokratieentlastungsgesetz verabschiedet wird, also eins, zwei und drei nicht ausreichten, zeigt: Wir haben ein Grundratschulproblem. Was positiv ist: Das Wirtschaftsministerium beschäftigt sich zurzeit ernst-

haft damit, Nachweis- und Informationspflichten für die Wirtschaft zu reduzieren – durch ein ganz einfaches Instrument. Man hat Praxischecks eingeführt, um herauszufinden, welche Probleme Unternehmen haben. So konnte man unnötige Regelungen erkennen und streichen.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Die Balkonkraftwerke. Das sind kleine Solaranlagen, die man sich auf den Balkon stellen kann. Die konnte man zwischenzeitlich bei Aldi kaufen. Allerdings musste man sie bislang umständlich anmelden. Allein das hat dafür gesorgt, dass sie nicht massenhaft genutzt wurden. Jetzt hat man beschlossen: Ab 2024 kann man die auch mit stark vereinfachter Anmeldung installieren. Das wird dazu führen, dass sie viel mehr genutzt werden. Das Wirtschaftsministerium leistet da gute Arbeit.

Und die anderen Ministerien?

Im Arbeitsministerium läuft es weniger gut. Vor Kurzem gab es die große Bürgergeldreform. Seit diesem Jahr sind die Leistungen höher, aber das Antragsverfahren ist so kompliziert wie früher. Die Schreiben der Jobcenter haben sich null verändert! Eine vertane Chance.

Könnten solche Praxischecks auch für andere Bereiche eine Lösung sein?

Ich denke, man müsste die Praxischecks verpflichtend für alle Ministerien einführen. Die meisten Menschen in der Ministerialbürokratie kennen die Umsetzungsprobleme in den Ländern und Kommunen überhaupt nicht. Auch Politiker wissen manchmal nicht, was für einen Rattenschwanz ihre Gesetze nach sich ziehen.

Der Föderalismus scheint für Deutschland zum Problem zu werden. Bei der Anerkennung ausländischer Berufe macht sich teilweise jedes Bundesland einzeln den Aufwand, obwohl der Beruf in anderen Bundesländern schon anerkannt wurde.

Das ist in der Tat ein Problem, aber eines, das wir kaum lösen können. Wir können die föderalen Strukturen nicht überwinden. Nach dem Nationalsozialismus hat man sich entschieden, dem Bundesstaat nie wieder die Macht zu geben, ganz durchzugreifen. Also hat man die Gewaltenteilung eingeführt: viele Gesetzgebungskompetenzen beim Bund, viele Verwaltungskompetenzen bei den Ländern. Wir sollten auch nicht glauben, dass Zentralisierung immer die Lösung ist. Manche Dienstleistungen müssen bürgernah angeboten werden.

Aber wie wäre es denn mit einer zentralen Plattform, auf die jede Behörde zugreifen kann?

Das ist im Kern die Idee eines Bürgerkontos. Der Bürger identifiziert sich einmal und kann dann über das Bürgerkonto alle behördlichen Angelegenheiten regeln. Man hat ein Postfach und kann mit den Behörden kommunizieren. Man kann einmal alle notwendigen Dokumente hochladen – Mietvertrag, Gehaltsnachweis und so weiter. Was haben wir stattdessen gemacht? Die Kommunen hatten eigene Bürgerkonten, es gab 16 Landeskonten, und der Bund hatte ein eigenes Konto. Das Gute: Mit der Änderung des Onlinezugangsgesetzes wird demnächst alles in einem digitalen Bürgerkonto zusammengefasst.

An welchem seiner Nachbarn sollte sich Deutschland ein Beispiel nehmen?

Das ist schwierig. Man kann die Länder von ihrem Verwaltungsaufbau und ihrer Größe her nicht vergleichen. Estland ist ein Positivbeispiel für eine gelungene Digitalisierung, aber Estland hat nicht einmal zwei Millionen Einwohner. Österreich hat zwar auch weniger Einwohner als Deutschland, aber die Struktur der Verwaltung ist vergleichbar. Da läuft es besser, weil die Österreicher einfach zehn Jahre früher mit der Digitalisierung angefangen haben.

Sie sind Professor für öffentliche Verwaltung. Ist das nicht ein wahnsinnig frustrierender Forschungsgegenstand?

Kurz gesagt: ja. Ich bin schon 30 Jahre dabei, habe so viel gesehen, so viele Vorschläge gemacht. Manchmal denkt man sich: Das ist mir alles zu mühsam. Allerdings bin ich in letzter Zeit ein kleines bisschen optimistischer, weil ich sehe: Da bewegt sich etwas. Ich würde nie versprechen, dass wir die Probleme in fünf Jahren vom Tisch haben. Aber es wird parteiübergreifend daran gearbeitet. Jetzt haben wir die Chance auf Veränderung. ■

40

Prozent

der Menschen, die Kindergrundsicherung bekommen würden, tun dies nicht. Die Regelung ist offenbar zu kompliziert